

Gegensätze zu den anderen Parteien wurden zurückgestellt. Das Zusammengehen mit dem Zentrum wurde durch die bereits gekennzeichnete Haltung der Partei in der Frage der Konfessionsschule erleichtert³³.

Aber die Partei berücksichtigte auch die Sozialstruktur der saarländischen Bevölkerung. Durch die Vereinigung mit den Demokraten gewann die Partei einen demokratischen und sozialen Zug und unterschied sich darin von der Deutschen Volkspartei des Reiches. Das Parteiprogramm enthielt einen breiten Katalog sozialer Forderungen, insbesondere waren auch zwei wichtige Wünsche der saarländischen Gewerkschaften mit aufgenommen, die Einführung des deutschen Betriebsrätegesetzes und die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages³⁴. Da die sozialpolitischen Forderungen der saarländischen Arbeiterschaft zum Teil an der Regierungskommission und der französischen Bergwerksverwaltung scheiterten, geriet die Deutsch-Saarländische Volkspartei selten in Gegensatz zur Zentrumsparlei und konnte auch Kontroversen mit den Sozialisten oft vermeiden. Wie stark man hier zum Nachgeben neigte und aus nationalpolitischen Gründen die Arbeiterstruktur der Bevölkerung berücksichtigen mußte, wurde in den Landesratsdiskussionen über die Errichtung einer saarländischen Arbeitskammer im Jahre 1925 offenbar. Die Forderung der Errichtung einer Arbeitskammer war seit Jahren von Zentrum und Sozialdemokraten und allen Gewerkschaften erhoben worden, während das Parteiprogramm der Deutsch-Saarländischen Volkspartei von „Arbeiter- und Angestelltenkammern“³⁵ sprach. Als die Regierungskommission schließlich einen Verordnungsentwurf zur Errichtung einer Arbeitskammer vorlegte, waren auch die Handelskammer und die Bergwerksverwaltung zur Begutachtung aufgefordert worden. Die Saarländische Handelskammer und Unternehmerorganisationen äußerten sich zu dem vorgelegten Entwurf negativ. Das rief sofort Angriffe auf die Unternehmer-Abgeordneten der Deutsch-Saarländischen Volkspartei in einer Versammlung der Christlichen Gewerkschaften hervor³⁶. Der Zentrumsabgeordnete und Gewerkschaftssekretär Peter Kiefer hielt in der Landesratssitzung am 16. März 1925 eine Rede, in der er den Unternehmern und der Deutsch-Saarländischen Volkspartei das nationalpolitisch Gefährliche eines solchen Vorgehens darlegte³⁷. Der Sprecher der Partei, Dr. von Vopelius, und die Abgeordneten der Deutsch-Saarländischen Volkspartei stimmten daraufhin dem von den Parteien erarbeiteten Kommissionsentwurf bis auf kleine Abänderungen zu, und Vopelius stellte es so dar, als ob die Handelskammer nur abgelehnt habe, weil der Entwurf ungenügend gewesen sei. Auf den Einwand Kiefers, die Deutsch-Saarländische Volkspartei sei für eine Arbeiterkammer und nicht für eine Arbeitskammer gewesen, betonte Vopelius, seine Partei trete grundsätzlich für ein Zusammengehen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern ein³⁸.

³³ Vgl. oben S. 162 und Anm. 73 ebenda.

³⁴ S.Z. Nr. 5 v. 6. 1. 1924.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Landesrat d. Saargeb., Sten. Ber. v. 16. 3. 1925, S. 22.

³⁷ Ebenda, S. 3 f.

³⁸ Ebenda, S. 22.